



Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der psychosozialen Beratung



Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der psychosozialen Beratung

Ziele, Leistungen, Qualitätsmerkmale für die Beratung von LSBTIQ* –
Lesben, Schwulen, Bi*, Trans*, Inter*, Queeren und ihren Angehörigen in NRW



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4
Einleitung	6
Ausgangssituation	8
Blick in die Entstehungsgeschichte: vom Ehrenamt zur Spezialberatung	8
Gutes Fundament: starke und kompetente Selbstorganisation in NRW	9
Neue Herausforderungen: zielgruppenspezifische Bedarfe	10
Vielfalt hält Einzug: Themen, Ansätze und Zielgruppen erweitert	10
Adressat_innen: Queere*, Trans* und Inter* Menschen	11
Gesellschaftliche Entwicklungen: Fortschritte einerseits, Homophobie und Benachteiligungen andererseits	12
Immer noch Alltag: strukturelle Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt	13
Herausforderungen in verschiedenen Lebensphasen	18
Leben in der Kindheit / Jugend / Herkunftsfamilie	18
Familiengründung / Familienleben / Lebensgestaltung / Partnerschaft	20
Bildungs- und Arbeitsleben	20
Fragen des Älterwerdens	21
Intersektionaler Ansatz: komplexer Blick auf mehrdimensionale Diskriminierung	22
Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychiatrischer Vorerfahrung	22
Menschen mit Migrationsgeschichte	22
Genderspezifische Benachteiligungen	23

Ziele der psychosozialen Beratung	24
Gesellschaftliche Gleichberechtigung	24
Zugänglichkeit für Ratsuchende	25
Selbstbewusst und angstfrei leben	25
Gutes Leben	26
Erweiterung der Fachlichkeit	27
Leistungen der psychosozialen Beratung	28
Diskriminierungs- und gewaltfreier Raum	30
Peerkompetenz, Feldkompetenz, Zielgruppennähe	30
Vielfalt im Angebot und in den Methoden	31
Fortbildung und Aufklärung	31
Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität: die drei Säulen der Qualitätssicherung und -erweiterung	32
Die Basis: institutionelle Rahmenbedingungen und Regeln des fachlichen Könnens	32
Säule 1: die Strukturqualität	34
Säule 2: die Prozessqualität	35
Säule 3: die Ergebnisqualität	36
Kooperation, Vernetzung und verantwortungsvolle Lotsenfunktion im Sinne der Ratsuchenden	37
Quellen und Literaturhinweise	39
Anhang	42
Impressum	44



GRUSSWORT

Die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ* ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Es muss eine Selbstverständlichkeit in Nordrhein-Westfalen sein, dass geschlechtliche Vielfalt akzeptiert wird und alle Menschen ohne Angst vor Diskriminierung leben können. Dennoch stoßen LSBTIQ* im Alltag immer noch auf Ablehnung, Ausgrenzung und (Hass-) Gewalt.

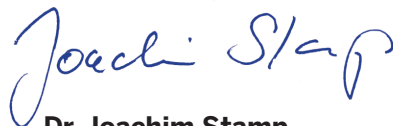
Für die Opfer solcher Angriffe sind spezielle und passgenaue Beratungs-

angebote wichtig. Um den Hilfe und Rat suchenden Personen die notwendige Unterstützung zu ermöglichen, fördert die Landesregierung insgesamt sechs psychosoziale Beratungsstellen für LSBTIQ* und ihre Angehörigen. Grundlage der Arbeit dort sind die vorliegenden Standards, die Ziele, Leistungen und Qualitätsmerkmale klar definieren. Bedingt durch Neuerung im Personenstandsgesetz, nach der es seit Ende 2018 möglich ist, neben den Geschlechtseinträgen männlich und weiblich den

Geschlechtseintrag divers zu wählen oder den Eintrag offen zu lassen, sowie die »Ehe für alle« sind diese Standards nun auf den neuesten Stand gebracht worden.

Dabei freut es mich besonders, dass sich die Mitarbeitenden in den psychosozialen Beratungsstellen für LSBTIQ* und deren Angehörige in Nordrhein-Westfalen mit ihrer Expertise in die Überarbeitung der Standards aktiv eingebracht haben. Entstanden ist so eine aktuelle

Arbeitshilfe, die weiterhin qualitativ hochwertige Beratungsarbeit gewährleistet. Für ihr Engagement danke ich allen Beteiligten ganz herzlich.



Dr. Joachim Stamp

Minister für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen



EINLEITUNG

Qualitätsstandards sollen Arbeits-
hilfen im Beratungsalltag sein. Diese
Standards beschäftigen sich mit dem
Thema sexuelle und geschlechtliche
Identitäten. Was kennzeichnet die be-
sondere Qualität der psychosozialen
Beratung von Lesben, Schwulen,
Bi*, Trans*, Inter* und Queer*¹?
Beschrieben werden Ziele und Leis-
tungen sowie fachlich-inhaltliche
Qualitätsmerkmale der spezialisier-
ten Beratungsstellen in Nordrhein-
Westfalen. Zudem wird dargelegt,

wie wichtig es ist, dass sich die
Regelstrukturen noch stärker als
bisher für die Belange von LSBTIQ*
Ratsuchenden öffnen. Kooperation,
Vernetzung der Angebote und der
fachliche Austausch unterschied-
licher Einrichtungen spielen eine
wichtige Rolle. Die Spezialberatungs-
stellen nehmen ihre Lotsenfunktion
verantwortungsvoll wahr. Sie haben
im Blick, ob die Voraussetzungen
für eine Weiterverweisung gegeben
sind.

¹ Im Folgenden LSBTIQ* genannt.

AUSGANGS- SITUATION

Blick in die Entstehungs- geschichte: vom Ehrenamt zur Spezialberatung

Aus Selbstorganisationsstrukturen der Lesben- und Schwulenbewegung entstanden zunächst ehrenamtliche Beratungsdienste. Es zeigte sich schon bald, dass die Bedarfe der Ratsuchenden ein über ehrenamtliche Strukturen hinausgehendes Angebot benötigen. Neben der fachlichen Professionalität der Spezialberatungsstellen ging es um Peerkompetenz in der Hinsicht, dass Berater_innen² selbst lesbisch oder schwul waren.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Flächenland schon früh die Weichen für ein spezialisiertes Beratungsangebot gestellt. Bereits 1998 hat das

² Die Schreibweise mittels des Gender Gaps (z. B. Berater_innen) berücksichtigt alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten. Der Unterstrich bietet Raum für selbst gewählte Identitäten, mehr als nur weiblich und männlich.

Land ein »Arbeitsprogramm Antidiskriminierungspolitik zu Gunsten der gesellschaftlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen in NRW« beschlossen. Damit war auch vorgesehen, ein Netz von Beratungsangeboten für ratsuchende Lesben und Schwule jeden Alters sowie für deren Angehörige zur Verfügung zu stellen. Ein Modellprojekt diente zunächst der Erfassung des Beratungsbedarfs an unterschiedlichen Standorten, der Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards, der Weiterentwicklung der Beratungspraxis sowie der Vernetzung der Angebote der psychosozialen Lesben- und Schwulenberatung. Bereits während der Erprobungsphase ist der Anteil derjenigen, die die Beratungsstellen aufgrund ihrer spezifisch schwul-lesbischen Fachkompetenz aufsuchten, auf rund 92 % gestiegen. Die aus dem Modellprojekt hervorgegangenen psychosozialen Beratungsstellen für LSBTIQ* und deren Angehörige in NRW haben sich im Laufe der Jahre gut etabliert und genießen als hauptamtliche professionelle Einrichtungen der Beratung und Selbstorganisation eine hohe Akzeptanz und Wertschätzung. Sie binden und qualifizieren ihrerseits ein großes Potential an ehrenamtlich engagierten Beratungsinitiativen.

Gutes Fundament: starke und kompetente Selbstorganisation in NRW

Nordrhein-Westfalen hat eine starke und kompetente Selbstorganisation. Die vielfältigen Initiativen, Vereine und Selbstorganisationen der LSBTIQ*-Communitys vernetzen ihre Arbeit beispielsweise in den landesweit arbeitenden Dachverbänden LAG Lesben in NRW e.V., Schwules Netzwerk NRW e.V., LSVD e.V., Netzwerk Geschlechtliche Vielfalt Trans* NRW und über Projekte wie SCHLAU NRW und ANDERS & GLEICH. Darüber hinaus gibt es das Bisexuelle Netzwerk e.V., das als Bundesverband auch in Nordrhein-Westfalen aktiv ist. Zudem werden die Landeskoordination Trans* in NRW und die Peer Beratungsqualifizierung vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Fallübergreifend und auf den Einzelfall bezogen können alle Vereine und Initiativen der Selbstorganisation mit den landesgeförderten psychosozialen Beratungsstellen gut kooperieren. Die psychosozialen Beratungsstellen werden von den ehrenamtlichen Initiativen bei ihrer Arbeit unterstützt. Zugleich entstehen auch neue Selbstorganisationsgruppen unter dem Dach der Beratungsstellen.

NEUE HERAUS- FORDERUNGEN:

zielgruppenspezifische Bedarfe

Vielfalt hält Einzug: Themen, Ansätze und Zielgruppen erweitert

Im Laufe der Jahre haben sich sowohl die Zielgruppen als auch die Themen erweitert. Die Beratungsstellen, die zunehmend von neuen Zielgruppen aufgesucht werden, stellen sich den Herausforderungen und öffnen sich diesen Zielgruppen. Es hat sich herausgestellt, dass verschiedene Gruppen von LSBTIQ* ganz spezielle Frage- und Problemstellungen haben. Viele der Ratsuchenden erleben mehrdimensionale Diskriminierung aufgrund weiterer Merkmale wie Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Hautfarbe, Alter, Religion, Weltanschauung oder sozialer Status.

Adressat_innen: Queere*, Trans* und Inter* Menschen

Queer* fungiert nicht als Identitätsbegriff, sondern verweist u. a. auf Praktiken und gesellschaftliche Positionen, die zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normen in Frage stellen. Menschen, die queer* leben, fühlen sich durch heterosexuelle Normen, das binäre Geschlechtersystem, aber auch durch die Normen der Lesben- und Schwulencommunitys eingeschränkt.³ Trans* bezeichnet unterschiedliche Personengruppen, die für ihre Selbstbezeichnung verschiedene Begriffe benutzen, wie z. B. Transsexuelle, Transgender, Transidente, Transfrauen oder Transmänner. Gemeinsam ist ihnen, dass das ihnen zugeordnete Geburtsgeschlecht

nicht ihrer psychosexuellen Identität entspricht. Erschwerend kommt hinzu, dass die geschlechtliche Identität und das sexuelle Begehren heteronormativ als gekoppelt angesehen werden. Auf der Suche nach Orientierung und Rat kommen Trans* auch in Beratungsstellen für Lesben und Schwule, da es für sie kaum spezifische Beratungsangebote gibt. Inter*Menschen werden mit körperlichen Geschlechtsmerkmalen geboren, die nicht den Geschlechternormen von männlich und weiblich entsprechen. Diese Varianten können die Anatomie, die Hormone oder die Chromosomen betreffen. Die geschlechtlichen Identitäten von Inter* Menschen sind vielfältig, sie können weiblich, männlich, nicht-binär oder auch

³ Netzwerk Trans*-Inter*-Sektionalität (Hrsg.): Intersektionale Beratung von / zu Trans* und Inter*. 3., erweiterte Ausgabe, Berlin 2016



intergeschlechtlich sein.⁴ Mit der bloßen Existenz von Inter* Menschen wird der gesellschaftlich oft unhinterfragte Konsens des binären Denkens und Handelns in Frage gestellt.

Als Antwort werden in vielen Fällen immer noch geschlechtszuweisende Operationen an Kleinkindern durchgeführt, um ihre Körper an die zweigeschlechtliche Norm anzupassen.⁵ Sowohl die Operationen als auch die Verabreichung von körperfremden Hormonen geschehen dann aufgrund des Lebensalters ohne Einwilligung der Betroffenen. Eltern von intersexuellen Kindern berichten,

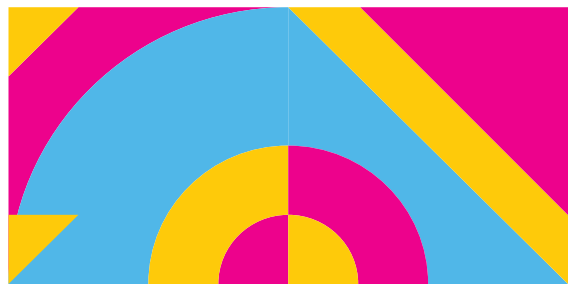
dass sie von Mediziner_innen zu schnellen Entscheidungen gedrängt werden. Umgekehrt berichten Mediziner_innen, dass Eltern häufig selbst zur Operation drängen. Hier besteht großer Aufklärungs- und Beratungsbedarf. Im Erwachsenenalter kann es aufgrund der fremdbestimmten Geschlechtszuweisung und des diese oftmals begleitenden »Schweigegebotes« bei intersexuellen Menschen zu gravierenden Schwierigkeiten im Finden der sexuellen Identität kommen. Intersexuelle Menschen finden derzeit noch selten den Weg in Beratungsstellen. Die Spezialberatungsstellen arbeiten weiter an der Öffnung für diese Zielgruppe.

⁴ Wiebke Fuchs, Conny-Hendrik Kempe-Schälicke, Eike Richter, Jannik Franzen; Bundesvereinigung Trans* e.V.(Hg.): Geschlechtliche Vielfalt im öffentlichen Dienst – Empfehlungen zum Umgang mit Angleichung und Anerkennung des Geschlechts im öffentlichen Dienst, Berlin 2017

⁵ Klöppel, Ulrike: Zur Aktualität kosmetischer Operationen »uneindeutiger« Genitalien im Kleinkindalter, in: Sabisch, Katja / Klöppel, Ulrike / Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hg.), Bulletin Texte 42. Verfügbar unter: <https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/genderbulletins/> [Zugriff: 26.03.2019], Berlin 2016

Gesellschaftliche Entwicklungen: Fortschritte einerseits, Homophobie und Benachteiligungen andererseits

Im Vergleich zu den Anfängen der psychosozialen Beratungsstellen in



Nordrhein-Westfalen haben sich die gesetzlichen Grundlagen für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität insbesondere durch das Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (LPartG), die Öffnung der Ehe 6 und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbessert. Jedoch sind weiterhin Anstrengungen nötig, LSBTIQ* in allen Lebensbereichen eine diskriminierungsfreie Teilhabe zu ermöglichen, zumal immer noch ein Fünftel der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen homophobe Einstellungen hat.⁷

Immer noch Alltag: strukturelle Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt

LSBTIQ* entsprechen nicht dem in unserer Gesellschaft vorherrschenden heteronormativ geprägten Leitbild und bilden im Hinblick auf ihre sexuelle und geschlechtliche Identität in Statistiken eine Minderheit. Heteronormativität bezeichnet die unhinterfragte Dominanz von Heterosexualität mit den damit verbundenen Vorstellungen von weiblichen und männlichen Geschlechterrollenzuschreibungen und dem Ideal der gegengeschlechtlichen bürgerlichen Ehe und Familie, wie sie immer noch typisch für unsere Gesellschaft sind. Aufgrund der Tatsache, dass heterosexuelle Lebensweisen und Ordnungsvorstellungen in unserer Gesellschaft allgemein gültig sind, werden Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität in vielen gesellschaftlichen Bereichen des Lebens sowohl mit

⁶ Vgl. Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlecht, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 52, ausgegeben zu Bonn am 28. Juli 2017, 2787 ff.

⁷ Vgl. Küpper, Beate und Andreas Zick: Homophobie in Nordrhein-Westfalen. Aktualisierung der Sonderauswertung der Studie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«. Hg. v. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2015



strukturell bedingter Diskriminierung als auch mit offener Ausgrenzung und Gewalt konfrontiert. Strukturelle Diskriminierung von nicht-heterosexuellen Identitäten, die nicht mehrheitskonform sind, äußert sich z. B. in

- der weitgehenden Unsichtbarkeit von lesbischen und schwulen Lebensentwürfen und -weisen in vielen Lebensbereichen
- der Reduzierung von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität auf die sexuelle Praktik
- der Tatsache, dass viele junge Menschen aufwachsen, ohne dass ihnen selbstverständlich wertfreie Informationen und Wissen über andere sexuelle Identitäten, Liebes- und Lebensformen zugänglich sind
- der Abwertung von homo- und transsexuellen Identitäten als eine »Phase« in der Entwicklung von Jugendlichen
- den Benachteiligungen unter anderem im Familienrecht, im Erwerbsleben, im pädagogischen Kontext und im Gesundheitsbereich
- Versuchen der Konversion der sexuellen Identität
- der Abwertung der Elternschaft von Lesben und Schwulen, dem weit verbreiteten gesellschaftlichen Bedürfnis nach sozialer Distanzierung zum Thema Homosexualität

und lesbisch-schwulen Zusammenhängen sowie zu bi-, pansexuellen, Trans*, Inter* Menschen und queeren* Themen und Kontexten (Homo- und Transphobie).

Daneben sind LSBTIQ* auch mit offener Diskriminierung und Gewalt konfrontiert.⁸

-
- ⁸ Eine EU-Studie aus dem Jahr 2013 hat unter 11.000 befragten Schwulen, Lesben, Bi* und Trans* folgende Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt ermittelt:
- 46% (47% EU-Durchschnitt) der deutschen Studienteilnehmer_innen gaben an, in den letzten 12 Monaten aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität diskriminiert oder angegriffen worden zu sein.
 - 21% der befragten Deutschen wurden bei der Jobsuche oder auf der Arbeit diskriminiert (20% EU-Durchschnitt).
 - 32% der LSBT* wurden als Kund_innen, bei der Wohnungssuche, im Gesundheits- und Sozialwesen, im Geschäft etc. diskriminiert (32% EU-Durchschnitt).
 - 90% der Befragten hatten vor ihrem 18. Lebensjahr in der Schule negative Kommentare zu LSBT* gehört.

Im Grundrechtebericht 2018-FRA Stellungnahmen der Agentur der EU für Grundrechte heißt es dazu: »Im Bereich der Gleichbehandlung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, Transgender- und intersexuellen Personen (LGBTI) konnten gewisse Fortschritte beim zivilrechtlichen Status gleichgeschlechtlicher Paare erzielt werden. Erkenntnisse aus sehr vielfältigen Daten zum Thema Gleichbehandlung, etwa aus Diskriminierungstests, zeigen, dass Ungleichbehandlung und Diskriminierung in europäischen Gesellschaften allerdings nach wie vor Realität sind.«



Spezielle Anhaltspunkte für Diskriminierungs- und/oder Gewalterfahrungen von Trans* und Inter*Menschen geben die Studie des LSVD über die Lebenssituation von Transsexuellen in Nordrhein-Westfalen und die Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zur Intersexualität sowie die Studie von Dr. Ulrike Klöppel »Zur Aktualität kosmetischer Operationen »uneindeutiger« Genitalien im Kleinkindalter«. ⁹ Zur besonderen Situation am Arbeitsplatz liegen durch »Out im Office?! Sonderauswertung NRW – Sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, (Anti-)Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz«¹⁰ Daten vor.

⁹ Klöppel, Ulrike: Zur Aktualität kosmetischer Operationen »uneindeutiger« Genitalien im Kleinkindalter, in: Sabisch, Katja/Klöppel, Ulrike/Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hg.), Bulletin Texte 42. Verfügbar unter: <https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/genderbulletins/> [Zugriff: 26.03.2019], Berlin 2016

¹⁰ Frohn, D. & Meinhold, F. (2018). Out im Office?! Sonderauswertung NRW. Sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, (Anti-)Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz. Köln: IDA | Institut für Diversity- & Antidiskriminierungsforschung (Hrsg.).

Stigmatisierungen hinterlassen tiefe Spuren: Die psychosozialen Folgen von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen, der Zwang zur dauerhaften Anpassung an eine heteronormative Vorgabe, die Beschränkung der individuellen Entwicklungspotentiale, die Ablehnung und Entwertung von Gefühlen sowie die latent wahrgenommene Bedrohung der eigenen Person wirken sich erschwerend auf die Identitätsentwicklung aus und beeinträchtigen das Wohlbefinden in erheblichem Maße.

Verunsicherungen und Ängste, Verleugnung bzw. Disziplinierung des eigenen Begehrens und der psychosexuellen Identität, das Führen eines Doppellebens, Vereinsamung, internalisierte Homo- und Trans*negativität usw. können bei LSBTIQ* als ständige Stressfaktoren zu psychischen und körperlichen Erkrankungen führen. Häufig ist die Entwicklung eines positiven Selbstbewusstseins und Selbstwertgefühls erst durch große Anstrengungen möglich.



Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen führen oft zu persönlichen Konflikten und Lebenskrisen. Dabei lösen verbale, psychische und körperliche Übergriffe emotional tiefgreifende Reaktionen wie beispielsweise Schock, Angst- und Schuldgefühle, Gefühle der Ohnmacht, Demütigung und Entwertung sowie der Wut, Empörung und Aggression aus. Diese Krisen können sich unter anderem niederschlagen in Depressionen, Ängsten, Süchten, sexuellen Problemen, Isolation und Einsamkeit.

Häufig erleben Lesben und Schwule diese Probleme im kritischen Coming-out-Prozess. Unsicherheit über die eigene sexuelle Identität erleben auch transsexuelle Jugendliche. Komplexer stellt sich das Problem bei Inter*Menschen dar, beispielsweise bei denjenigen, die unwise oder unaufgeklärt operiert wurden, oder wenn es darum geht, sich in der zwischengeschlechtlichen Identität zurechtzufinden. Vielfach sind auch die Angehörigen überfordert und hilflos. Oft wissen Eltern, Geschwister, Verwandte und Ehepartner_innen von LSBTIQ* nicht, an wen sie sich ratsuchend wenden



können. Noch immer treffen LSBTIQ* im Gesundheitswesen auf Barrieren, die einer angemessenen und bedarfsgerechten psychosozialen Versorgung im Wege stehen. Dazu gehören die Fehlinterpretationen von homosexuellen Identitäten als ausschließlich sexuelles Handeln, die Abwertung von homosexuellen Identitäten als »Phase« bei jungen Menschen, Versuche der Konversion der sexuellen Identität und die Herabwürdigung der Beziehungen von Lesben und Schwulen. In der allgemeinen Beratung und Psychothe-

rapie wirkt noch immer nach, dass Homosexualität bis 1992 nach der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Krankheit galt. Nach Überarbeitung des Krankheitsklassifikationssystems der WHO wird mit Eintritt des ICD-11 im Jahr 2019 Trans* nicht mehr als psychische Verhaltens- und Entwicklungsstörung, sondern als »Geschlechtsinkongruenz« gelistet. Dennoch besteht weiterhin die Tendenz zur Pathologisierung. Für Trans* Personen bedeutet dies die Herausforderung, die psychosozialen Folgen dieser Diskriminierung zu bearbeiten und mit ihnen leben zu lernen. Inzwischen wird die Tendenz zur Pathologisierung auch von medizinischen Fachgesellschaften kritisiert.



HERAUSFOR- DERUNGEN

in verschiedenen Lebensphasen

Leben in der Kindheit / Jugend / Herkunftsfamilie

In der krisenhaft erlebten Phase des Erwachsenwerdens stellt sich allen Jugendlichen die Frage nach der eigenen Identität. Hier geht es um die psychosoziale Verarbeitung der neuen aktiven und sexuellen Anteile der Person. Für LSBTIQ* ist es jedoch ungleich schwerer, in dieser Phase und oftmals lebensgeschichtlich sehr viel später eine positive Matrix einer unbeschädigten Identität zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund einer sowohl latenten als auch zum Teil offenen Homo- und Transsexuellenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft können sich LSBTIQ* nicht immer selbstverständlich als Personen mit Kongruenz und Kontinuität verstehen, ihre sexuelle Identität integrieren, ein positives Selbstwertgefühl entwickeln sowie sich der Anerkennung ihrer Angehörigen und Freund_innen sicher sein.

So belegt beispielsweise eine Studie¹¹ für die Gruppe der homosexuellen Jugendlichen, dass Suizide und Suizidversuche hier häufiger anzutreffen sind als bei ihren heterosexuellen Peers. Auslöser für einen Suizidversuch sind unter anderem Einsamkeit und mangelnde Gesprächspartner_innen, mit denen über die eigene

Gefühlslage gesprochen werden kann. Trans* Jugendliche haben eine besonders schwere Coming-out-Situation. Sie wird blockiert durch das dichotome Geschlechtermodell und Ausgrenzungserfahrungen. Das Unverständnis der Gesellschaft, konstatiert die Studie des LSVD zur Lebenssituation von Transsexuellen in Nordrhein-Westfalen, kann zu Selbstmordgedanken oder -versuchen führen.

Besonders für die Gruppe der Jugendlichen besteht ein Bedarf an psychosozialer Beratung. Es ist wichtig, dass die Identitätsentwicklung empathisch begleitet wird und Räume für die Selbstfindung zur Verfügung gestellt werden. Neben der persönlichen Beratung besteht die Aufgabe sowohl darin, präventiv zu wirken, als auch durch Sichtbarmachen der strukturellen Diskriminierung zu einer Bewusstseinsveränderung innerhalb des gesellschaftlichen Umfeldes beizutragen.

¹¹ Vgl. Plöderl M, Faistauer G, Fartacek R. (2010) The contribution of school to the feeling of acceptance and the risk of suicide attempts among Austrian gay and bisexual males. *Journal of Homosexuality*, 57, 819-41.

Familiengründung / Familienleben / Lebens- gestaltung / Partnerschaft

Seit dem 01. Oktober 2017 ist das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts in Kraft getreten. Vorher war es Lesben und Schwulen durch das historische Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft möglich, ein der Ehe vergleichbares Verwandtschaftsverhältnis zu begründen. Da jedoch Partner_innen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft bzw. einer gleichgeschlechtlichen Ehe noch immer nicht die gleichen Rechte wie gegengeschlechtliche Ehepaare haben, ergeben sich u. a. dadurch für die psychosoziale Beratungspraxis neue Herausforderungen: Berücksichtigt werden müssen Probleme bei

- bestehender eingetragener Partnerschaft
- Umwandlung von Lebenspartnerschaften in Ehen
- Heirat

- Familiengründung
- Kinderwunsch
- Adoption von Kindern, Stiefkind-adoption und Pflegeelternschaft.

Hinzu kommt unter anderem die psychosoziale Beratung bei Krisen der Partnerschaft, bei Trennung und Scheidung, bei Streitigkeiten um das Sorgerecht und Umgangsrecht, bei häuslicher Gewalt oder eine Krisenintervention bei Verlust einer Partnerperson. Zwar sind dies Themen, zu denen Ratsuchende auch in anderen Beratungsstellen willkommen sind, aber aufgrund der Sensibilität und speziellen Kompetenz der psychosozialen Beratungsstellen für LSBTIQ* und ihre Angehörigen werden diese aufgesucht.

Bildungs- und Arbeitsleben

Durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurde eine gesetzliche Regelung geschaffen, um ein Rechtsinstrument gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen



Identität zu haben. Tatsächlich findet Diskriminierung jedoch weiterhin

- in Schulen
- in Ausbildungsbetrieben
- an Arbeitsplätzen
- im Verhältnis von Bürger_innen zur öffentlichen Verwaltung statt.

Ziel der Beratung ist es, LSBTIQ* unter Berücksichtigung der rechtlichen Grundlagen im Empowerment-Prozess zu bestärken. Davon unabhängig bleibt die gesellschaftliche Notwendigkeit,

- Multiplikator_innen, Führungskräfte und Mitarbeiter_innen zu sensibilisieren
- Diskriminierung zu erkennen
- die Diskriminierten vor weiterer Diskriminierung zu schützen
- Diskriminierung durch diskriminierende Personen zu unterbinden.

Fragen des Älterwerdens

Viele LSBTIQ* haben keine eigenen Kinder, aber laut Statistischem Bun-

desamt werden 77,9% der Betreuungs- und Pflegeleistungen zu Hause und dabei zum Großteil durch nahe Angehörige erbracht.¹² Dies ergibt für LSBTIQ* folgende Fragestellungen:

- Wie wird mein nahes Umfeld sein, wenn ich älter und alt werde?
- Wo und wie werde ich wohnen, wenn ich alt bin?
- Wo wird, sofern ich pflegebedürftig werde, auf meine besonderen Bedürfnisse eingegangen?

Die psychosoziale Beratung kann hier zur Klärung beitragen. Darüber hinaus kommen neue Herausforderungen auf Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen zu, wenn sie kultursensible Angebote offerieren wollen.

¹² Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2017, Ländervergleich – Pflegebedürftige, Verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Publikationen/Downloads-Pflege/laender-pflegebeduerftige-5224002179004.pdf>, [Zugriff: 26.03.2019], 2018



Intersektionaler Ansatz: komplexer Blick auf mehr- dimensionale Diskriminierung

Berater_innen in den Spezialberatungsstellen sind versiert im Umgang mit LSBTIQ* Ratsuchenden, die aufgrund von Herkunft, Klasse, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung und ihrer sexuellen Identität Diskriminierungen auf mehreren Ebenen ausgesetzt sind. Eine klient_innenzentrierte Beratung erfordert den komplexen Blick auf die soziale Realität und Know-how bei der Anwendung des intersektionalen Ansatzes.

Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychiatrischer Vorerfahrung

Für Menschen mit Behinderungen ist es immer noch schwierig, einen barrierefreien Zugang zu den Lebenswelten der Communitys zu haben. Einerseits erfahren LSBTIQ* in ihren Communitys Diskriminierung aufgrund der Behinderungen, andererseits stoßen sie bei den Anbieter_innen von Leistungen für Menschen mit Behinderungen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität auf Vorbehalte. Die oft vorhandene Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie

bei Menschen mit Behinderungen ist besonders problematisch, wenn eine homo- und trans*negative Haltung vorherrscht, die eine schnelle Ablösung erfordern würde. Vor allem im ländlichen Raum ist es außerdem schwierig, Treffpunkte für Menschen in vergleichbaren Situationen zu finden.

Besondere Herausforderungen stellen sich auch bei Hör- und Sehbehinderungen, weil nicht alle Publikationen zu LSBTIQ* Themen z. B. mit Vorlesefunktionen oder Gebärdensprache zur Verfügung stehen.

Menschen mit Migrationsgeschichte

Auch LSBTIQ* mit Migrationsgeschichte sind mehrdimensionaler Diskriminierung ausgesetzt. Die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und der sexuellen Identität in den Herkunftscommunitys und der Familie hängt unter anderem ab von Bildung, Grad der konservativ-heteronormativen Sichtweise auf Geschlechterrollen und / oder religiös begründeten Tabus und der politischen Lage im Herkunftsland. Manchmal kommt es zu einem Bruch mit der Herkunftsfamilie, nach einem

Coming-out in einigen Fällen sogar zu Verfolgung durch die Herkunftsfamilie. Gesamtgesellschaftlich, aber auch in den Communitys, sind diese Menschen Rassismus ausgesetzt. Sie erleben Benachteiligung und Entwertung aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder ihrer religiösen Zugehörigkeit.

Genderspezifische Benachteiligungen

Lesbische, bisexuelle, pansexuelle und trans* Frauen erleben neben der Benachteiligung als Lesbe, Bisexuelle, Pansexuelle und Trans* auch Benachteiligungen und Diskriminierung aufgrund des sozialen, biologischen oder selbst gewählten Geschlechts. Insbesondere die Sexualisierung und Bagatellisierung ihrer Lebensformen gehören zum Alltag. Coming-out, Benachteiligungen und Mobbing in Schule und Ausbildung, berufliche Degradierung, sexualisierte, physische und psychische Gewalt, aber auch Gewalt in der Herkunftsfamilie, von Ex-Partner_innen oder häusliche Gewalt im Zusammenleben mit (Lebens-) Partner_innen sind Themen, die in der Beratung aufgegriffen werden. Insbesondere bei lesbischen, bisexuellen und pansexuellen Frauen spielen auch die Realisierung des Kin-

derwunsches und der gelebte Alltag in Regenbogenfamilien und Queerfamilys eine Rolle in der Beratung.

Durch den Rollen- und Geschlechterwechsel ist die Erfahrung der doppelten Diskriminierung ein besonderes Thema für Trans* Frauen, während Trans* Männer sich in ihrer neuen Identität als Mann eher aufgewertet fühlen.

Schwule, bisexuelle und pansexuelle Männer stehen neben der Benachteiligung als Schwule, Bisexuelle und Pansexuelle vor besonderen Herausforderungen aufgrund ihres Geschlechts: In herkömmlichen Vereinen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Netzwerken fühlen sie sich oft nicht gut aufgehoben, die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe sind eingeschränkt. Mitunter wird auch die eigene Gesundheit vernachlässigt. Auch innerhalb der Community sehen sich schwule Männer mit einem stereotypen Männerbild, mit einem Jugend- und Schönheitskult konfrontiert. Die Umsetzung eines Kinderwunsches ist für schwule Männer nur sehr eingeschränkt möglich.



ZIELE

der psychosozialen Beratung

Gesellschaftliche Gleichberechtigung

Zwar sind in den letzten Jahren große Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten gemacht worden, aber die tatsächliche Gleichstellung und Akzeptanz in der Gesellschaft sind noch längst nicht erreicht. Davon ist das Alltagserleben von LSBTIQ* stark geprägt. Das spezifische Beratungsangebot trägt dazu bei, die gesellschaftliche Gleichberechtigung zu fördern, indem die strukturelle Diskriminierung als Ursache psychosozialer Probleme thematisiert und auf die Diskrepanz zwischen rechtlicher und tatsächlicher Gleichstellung hingewiesen wird.

Zugänglichkeit für Ratsuchende

Ziel der spezifischen psychosozialen Beratungsstellen ist es, Angebote für die ratsuchenden Zielgruppen an Standorten mit unterschiedlicher Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen mit verschiedenen Beratungsformen bereitzuhalten. Neben den »klassischen« Beratungssettings wie Telefonberatung, persönliche Beratung und Beratung in Gruppen sind andere, niederschwellige Formen wichtig geworden:

- geschützte Online-Beratung, z. B. Chat-Beratung über die eigene Webseite oder ein Beratungsportal
- Aufklärung und Information über zielgruppenspezifische soziale Netzwerke.

Gerade die jüngere Generation nutzt das Internet intensiv. Durch verstärkte Nutzung dieser Medien können somit Ratsuchende erreicht werden, die die klassischen Angebote nicht in Anspruch nehmen.

Selbstbewusst und angstfrei leben

Die Beratung zielt darauf ab, dass Problem- und Notlagen gemeinsam mit der_dem Ratsuchenden aufgearbeitet werden. Die Beratung bietet somit eine Möglichkeit, die Folgen von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen zu verarbeiten. Ratsuchende sollen in die Lage versetzt werden, eine eigenständige Klärung ihrer Identität vornehmen zu können. Dabei werden Hilfestellungen gegeben, damit Ratsuchende Ziele und Wege finden, um am Ende selbstbestimmt und selbstbewusst zu ihrer sexuellen Identität sowie ihrer spezifischen Lebensform zu stehen, so dass sie angstfrei und unbeschwert leben und lieben können.



Gutes Leben

Die psychosozialen Beratungsstellen arbeiten über den Einzelfall hinaus daran, Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität abzubauen. Mit ihren Präventions- und Aufklärungsangeboten setzen sie sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Minderheiten ein.

Die Ratsuchenden werden dabei unterstützt, ihr gesundheitliches Potenzial zu entwickeln. Im Sinne der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation wird Gesundheit als körperliches, geistiges und soziales Wohlergehen verstanden.¹³ Das Einstehen für dieses Grundrecht jedes Menschen, unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, einer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, von Alter oder der sexuellen Identität, benennt den politischen

Aspekt der Arbeit der Beratungsstellen, die aus der Lesben- und Schwulenbewegung und deren Eintreten für Emanzipation entstanden sind.

Homo- und Transphobie, Diskriminierungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lösen einen besonderen Stress aus und können sich negativ auf den Gesundheitszustand auswirken. Ein erweiterter Gesundheitsbegriff impliziert, dass LSBTIQ* zu selbstbestimmtem Leben in unterschiedlichen Lebensbereichen befähigt werden. Dazu gehört auch eine adressat_innenorientierte Versorgung im Hinblick auf die Identitätsweltentwicklung junger Menschen, Partnerschafts- und Beziehungsfragen, Sexualberatung, Familienplanung und Erziehungsfragen sowie gesundes Altern. Die Einrichtungen setzen sich für das psychische Wohlbefinden der Zielgruppe ein, bieten jedoch keine Psychotherapie an, sondern helfen dabei, geeignete Stellen zu finden. Dafür offerieren sie eine Beratung, deren Ziel die Prävention von psycho-

¹³ WHO Constitution, verfügbar unter: <http://www.who.int/about/mission/en> [Zugriff: 26.03.2019]



sozialen Krisensituationen und psychischen Erkrankungen ist. Belastete Ratsuchende finden im geschützten Raum Verständnis, Entlastung und werden aufgefangen. Empathische Hilfen in intensiven Beratungsgesprächen und eine Anbindung an die Communitys können zur Stabilisierung und zu Empowerment beitragen. Somit kann das Angebot der Spezialberatungsstellen auch dazu beitragen, dass eine langfristige Psychotherapie gar nicht erst in Anspruch genommen werden muss. Netzwerke und die Zugehörigkeit zu anderen Menschen sind wichtige Bestandteile eines guten Lebens. Die Einrichtungen bieten durch ihr eigenes Eingebundensein in die Communitys direkten Zugang und Raum zur Gruppenbildung.

Erweiterung der Fachlichkeit

Allgemeine Beratungsdienste, spezialisierte Beratungsdienste mit professionellen und ehrenamtlichen Leistungen sowie Beratungsleistungen der

Selbstorganisationsgruppen haben unterschiedliche Themenzugänge und Qualitäten, die sich wechselseitig ergänzen. Es kommt darauf an, diese Beratungsmöglichkeiten konzeptionell auf Einrichtungsebene, regional sowie überregional zu verbinden und zur gegenseitigen Qualifizierung zu nutzen. Die Schwerpunktsetzung sollte entsprechend den vorhandenen Strukturen erfolgen. Das Netzwerk mit seinen fachlichen Angeboten sollte möglichst durch ein gemeinsames Konzept der Öffentlichkeitsarbeit dargestellt werden. Ziel der Spezialberatung ist es, sowohl die eigene Beratungspraxis hinsichtlich Strukturierung und Professionalisierung weiterzuentwickeln als auch gezielte Fortbildungsangebote für andere Einrichtungen anzubieten. Für die neuen Zielgruppen sind weitere bedarfsgerechte Beratungsangebote zu entwickeln, die sich eng an den jeweiligen Selbstorganisationsstrukturen ausrichten. Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Beratungsstellen der allgemeinen Beratungsdienste wird weiterentwickelt.



LEISTUNGEN

der psychosozialen Beratung

Die spezialisierten Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen bieten die Begleitung von unterschiedlichen Lebensweisen und -formen an. Sie bieten beraterische Hilfen mit psychotherapeutischen Methoden an und leisten mit Vertreter_innen unterschiedlicher Professionen zusätzlich Beratung zu Psychotherapien. Sie halten ein Spektrum spezifischer Angebote für individuelle Beratung bereit, um Ratsuchende bei der Bewältigung ihrer jeweiligen Konflikte und Lebenskrisen zu unterstützen.

Beratungsinhalte, auf die die Beraterischen und damit verbundenen diagnostischen und therapeutischen Hilfen abzielen, sind:

- psychische Probleme (Depressionen, Ängste, Suchterkrankungen, sexuelle Probleme etc.)
- Coming-out
- Zugang zu LSBTIQ* Lebenswelten sowie zu Kulturbezügen
- Isolation und Einsamkeit
- Beziehungs- und Trennungsthemen
- eingetragene Lebenspartnerschaften / gleichgeschlechtliche Ehen
- altersspezifische Themen Heranwachsender
- altersspezifische Themen älterer Menschen
- AIDS- / HIV- / STD-Beratung, Informationsvermittlung
- Umgang mit Coming-out von Eltern, Angehörigen und / oder Bezugspersonen
- Gewalterfahrungen und Diskriminierung
- sexualisierte Gewalterfahrungen
- familiäre Gewalt
- Beziehungsgewalt
- Trans*
- Informationen zu rechtlichen Themenstellungen
- Kinderwunsch
- Regenbogenfamilien / Queerfamilys
- Erziehungs- und Familienfragen
- migrationspezifische Themen



Bei darüberhinausgehenden Beratungsinhalten nehmen sie je nach Setting der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beratung eine verantwortungsvolle Lotsenfunktion wahr.

Insbesondere werden Clearing-Beratungen für Inter* Menschen angeboten. Zum Thema Trans* findet landesgefördert eine qualifizierte Erstberatung statt. Für beide Themen ist über die gemeinsamen Beratungsinhalte hinaus spezifisches Fachwissen erforderlich (zum Beispiel in der Medizin). Die verantwortungsvolle Lotsenfunktion zu Trans* und Inter* Themen ist bedeutsam.

Diskriminierungs- und gewaltfreier Raum

Die Beratung für LSBTIQ* und ihre Angehörigen gewährleistet als Grundvoraussetzung einen vorbehaltlosen und unterstützenden Rahmen, in dem sie die Akzeptanz von sexuellen und geschlechtlichen

Identitäten in sowohl institutioneller, räumlicher als auch beraterischer Weise zum Ausdruck bringt. Das gilt in besonderer Weise für die Beratung von Opfern homo- und trans*feindlicher Gewalt.

Peerkompetenz, Feldkompetenz, Zielgruppennähe

Um die Akzeptanz und Annahme des Beratungsangebots bei der Zielgruppe zu gewährleisten, muss die entsprechende Beratungsstelle über Peerkompetenz, Feldkompetenz und Zielgruppennähe verfügen und dies nach außen signalisieren.

- Zur Peerkompetenz gehören die Zugehörigkeit der Beratenden zu einer der Zielgruppen und die Präsenz in den jeweiligen Communitys. Ein gemeinsames Merkmal stellt die aufgearbeitete Diskriminierungserfahrung dar.
- Unter Feldkompetenz ist das spezifische Fachwissen zur Lebenssituation und zu sozialen Zusammenhängen von LSBTIQ* zu verstehen.
- Zielgruppennähe erfordert Offenheit und Zugänglichkeit einer Beratungsstelle für die Zielgruppe und deren Angehörige.



Vielfalt im Angebot und in den Methoden

Das allgemeine Anforderungsprofil des Spezialdienstes bezüglich Methodenvielfalt im Setting und im Beratungsansatz unterscheidet sich nicht von dem des allgemeinen Dienstes: So gehören unter anderem persönliche Einzel- und Paarberatung, Familienberatung, Gruppenberatung und Selbstorganisation, Telefonberatung und Internetberatung zu den Leistungen der psychosozialen Beratung für LSBTIQ*. Die entsprechenden Beratungsstellen halten ebenfalls ein Spektrum verschiedener Ansätze bereit; so wird beispielsweise auf der Basis von Gesprächs-, Gestalt- und systemischer Therapie und Beratung gearbeitet.

Fortbildung und Aufklärung

Ein wichtiger Bestandteil der Leistungen des Spezialdienstes sind präventive und vernetzende Maßnahmen, die unter anderem zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Zielgruppen beitragen. Konzeptionierung, Weiterentwicklung und Durchführung dieser speziellen Bildungsarbeit erfolgen ebenfalls im Rahmen der fallübergreifenden und fallunabhängigen Arbeit:

- Präventionsarbeit, vorbeugend-aufklärende Aufgaben (z. B. Aufklärungsarbeit durch Informations- und Unterstützungsangebote; Aufbau / Unterstützung von Selbstorganisationsgruppen; Medien und öffentlichkeitswirksame Informationsvermittlung)
- Kooperationsarbeit, Angebote für andere Institutionen (z. B. offene Sprechstunden in anderen Institutionen; Beratung von Selbstorganisationsgruppen; themenzentrierte Fortbildung für pädagogische Fachkräfte)
- Gremienarbeit, Mitwirkung in Arbeitsgemeinschaften (z. B. Auf- und Ausbau von kooperativer, vernetzender Zusammenarbeit; Teilnahme an Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, an Projektgruppen und vergleichbaren Runden; Unterstützung / Präsenz bei sozialräumlich bedeutsamen Anlässen)
- sonstige fallunabhängige und fallübergreifende Tätigkeit (z. B. Konzeption, Durchführung und Dokumentation von Fachtagungen oder Ähnlichem; Lobbyarbeit, Sponsorsuche; Öffentlichkeitsarbeit)

STRUKTUR-, PROZESS- UND ERGEBNISQUALITÄT:

**die drei Säulen der
Qualitätssicherung und -erweiterung**

Die Basis: institutionelle Rahmenbedingungen und Re- geln des fachlichen Könnens

Neben der Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen und Richtlinien – beispielsweise KJHG, Kinderschutzgesetze, Familienrecht, StGB (Schweigepflicht), Sozialdatenschutz – gehören vor allem die Regeln des fachlichen Könnens im Beratungswesen zu den Strukturqualitäten.

Die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen, die die Qualität der Arbeit der spezialisierten Beratungsstelle absichern, gelten grundsätzlich für jede qualifizierte Beratung und damit auch für den hauptamtlichen Bereich psychosozialer Beratung für LSBTIQ* und ihre Angehörigen. Dazu gehören u. a.:

- Qualifikation der Mitarbeiter_innen
- Freiwilligkeit der Inanspruchnahme durch die Ratsuchenden
- direkter Zugang zur Beratungsstelle
- Unentgeltlichkeit der Beratung
- Vertraulichkeit und Verschwiegenheitspflicht
- Zusammenarbeit mit anderen Beratungseinrichtungen und pädagogischen, sozialen und therapeutischen Einrichtungen und Diensten vor Ort

- Vielfalt der angebotenen Arbeitsformen
- Beratung von Fachkräften
- präventive und aufklärende Arbeit
- fachliche Unabhängigkeit der Beratungseinrichtungen
- Weiterentwicklung der Regeln des fachlichen Könnens
- Verlässlichkeit des Angebots und Planungssicherheit

Eine multiprofessionelle Besetzung kann von den Spezialberatungsstellen nicht erwartet werden. Der Anspruch einer erweiterten Fachlichkeit wird durch Vernetzung mit anderen Einrichtungen und die verantwortungsvolle Lotsenfunktion der Spezialberatung sichergestellt.



Säule 1: die Strukturqualität

Neben den allgemeinen Grundsätzen des beraterischen Handelns zeichnet sich die Spezialberatung auch durch spezifische Strukturqualitäten vor allem in den folgenden Bereichen aus:

- Profil und Leitbild der Beratungsstellen sowie Träger_innen: Sie bringen die Gleichwertigkeit von hetero- und homosexuellen Lebensweisen, sexuellen und geschlechtlichen Identitäten zum Ausdruck und sprechen sich für eine parteiliche Beratungsarbeit mit den Zielgruppen aus. Sie pflegen einen bewussten Umgang mit Unterschiedlichkeiten, haben Wissen um mehrdimensionale Diskriminierung sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch innerhalb der eigenen Communitys.
- Mitarbeiter_innen verfügen über Fachkompetenz, Feld- und Peerkompetenz sowie Zielgruppennähe.
- In der Konzeption sind die spezifischen psychosozialen Beratungsangebote beschrieben.
- Jede spezialisierte Beratungsstelle hält eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit durch eine parteiliche und zielgruppenspezifische Ansprache vor.
- Regional und überregional gibt es Kooperation und Vernetzung mit lesbischen und schwulen Organisationen, mit der Eigenvertretung für bi-, pansexuelle, Trans*, Inter* und queere Menschen und themenspezifischen Kooperationspartner_innen.
- Anonymität gewährleistet einen besonderen Schutz vor ungewolltem Outing.
- Der Beratungsort ist gekennzeichnet durch eine sensible Mischung bei der Berücksichtigung des Schutzbedürfnisses der Ratsuchenden einerseits und gleichzeitiger öffentlich wahrnehmbarer, parteilicher Präsenz andererseits.
- Es gibt geschlechtergerechte Angebote.

Die Selbstorganisation und ehrenamtlichen Beratungen werden organisatorisch, räumlich und inhaltlich unterstützt und begleitet.



Säule 2: die Prozessqualität

Die Basis der beraterischen Beziehung ist eine nicht-heteronormative Haltung. Die beratende Person erlebt die Lebens- und Liebesweise der ratsuchenden Person nicht als das Andere zum Normalen (Heterosexuellen), sondern hat eine selbstverständlich positive Haltung zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Auf der Basis dieser Grundhaltung kann in der Beratung vorbehaltlos zu allen Themen gearbeitet werden. Neben den individuellen Anliegen berücksichtigt der Beratungsprozess folgende Inhalte, die auf die Zielgruppen wirken:

- **Gesellschaftlicher Kontext und strukturelle Bedingungen:** Der Spezialdienst vermittelt ein Bewusstsein, dass die individuelle Notlage Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen und somit eine gesunde Reaktion auf krankmachende Bedingungen sein kann.
- **Wissensvermittlung:** Berater_innen informieren über Zusammenhänge von gesellschaftlichen Strukturen und Diskriminierung einerseits sowie über Normen und Werte in der Kultur der Communitys andererseits.
- **Identitätsstärkung:** Förderung der Selbstakzeptanz entgegen der verinnerlichten Homo- und Transphobie.
- **Identitätsentwicklung:** Hilfestellung bei der Suche nach einem individuellen Selbstbild in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten.
- **Beziehungsgestaltung:** Hilfe bei der Gestaltung persönlicher Beziehungen vor dem Hintergrund erlernter traditioneller Geschlechterrollen.



Säule 3: die Ergebnisqualität

Neben der Struktur- und Prozessqualität bildet die Ergebnisqualität das dritte Element der Qualitätssicherung und -entwicklung psychosozialer Beratung. Sie erfasst die Wirksamkeit der beraterischen Intervention und die Zufriedenheit der Ratsuchenden.

Zur Ergebnisqualität gehören im Einzelnen:

- die statistische Aufarbeitung der Einzelfallarbeit und der fallübergreifenden Maßnahmen
- die Evaluation der Beratungsarbeit, z. B. durch Zufriedenheitsbefragungen bei den Ratsuchenden und den Berater_innen, durch Einschätzung der Zielerreichung der Angebote aus Sicht der Beteiligten, z. B. hinsichtlich eines erfolgreichen Coming-outs, durch die Fähigkeit, eine eigenständige Klärung der sexuellen und geschlechtlichen Identität vornehmen zu können, die Vermittlung von spezifischem Wissen zur Klärung der eigenen Lebenssituation, beispielsweise zu eingetragenen Lebenspartnerschaften, gleichgeschlechtlichen Ehen, Regenbogenfamilien usw.
- die Evaluation der Präventions- und Vernetzungsangebote, z. B. durch Zufriedenheitsbefragungen der Netzpartner_innen mit der Kooperationsarbeit, den Informations- und Unterstützungsangeboten, der Informationsvermittlung usw.

Aussagen über die Ergebnisqualität können nur durch Selbstevaluation, Evaluationen wie zum Beispiel durch jährliche Berichte dokumentiert und gegebenenfalls wissenschaftliche Begleituntersuchungen erbracht werden.



KOOPERATION, VERNETZUNG UND VERANTWORTUNGSVOLLE LOTSENFUNKTION IM SINNE DER RATSUCHENDEN

Selbstorganisation ist ein aktiver Ausdruck von Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie braucht eigene Strukturen und Unterstützung. Zugleich ist es wichtig, die sogenannten Regelstrukturen noch stärker für die Anliegen von LSBTIQ* Ratsuchenden zu öffnen. Als Teil der Umsetzung von »Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW« findet hierzu ein fachlicher Austausch mit den allgemeinen Beratungsstellen statt. Besondere Bedeutung hat die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote und der Kooperation. Perspektivisch kommt es darauf an, vor Ort eine

Struktur im Sinne der Ratsuchenden zu etablieren, in der die Beratungsangebote der Träger transparent vernetzt sind und miteinander kooperieren. Gerade im ländlichen Raum bieten sich hier auch Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit an, wie zum Beispiel durch das Internet. Über Verweismöglichkeiten an andere Einrichtungen hinaus ist es sinnvoll, Beratungskompetenzen zu bündeln und alle Beteiligten an einen Tisch zu holen. So können unterschiedliche fachliche Aspekte zusammenfließen und für Ratsuchende effektiv genutzt werden. Auch Arbeitsgemeinschaften

nach § 78 SGB VIII sind ein unterstützendes Instrument, um Themen zu befördern und unterschiedliche Professionen und Einrichtungen gewinnbringend zu verbinden. Die Spezialberatungsstellen nehmen ihre Verweismöglichkeiten und Lotsenfunktion verantwortungsvoll wahr. Dabei haben sie im Blick, ob die Voraussetzungen für eine Weiterverweisung gegeben sind. Feldkompetenz hinsichtlich der Zielgruppe LSBTIQ* und ihrer Angehörigen, eine vorurteilsfreie Beratung in geeigneten Räumen, eine akzeptierende und wertschätzende Haltung der Bera-

ter_innen sind dabei ebenso wichtig wie ein kultursensibles Fachwissen über Lebenslagen und Lebensformen, das die Differenziertheit der sozialen Vielfalt auch unter Genderaspekten im Blick hat. Interessierte, die zum Thema Beratung von LSBTIQ* Ratsuchenden mehr wissen möchten, können sich an die spezialisierten Beratungsstellen für LSBTIQ* und ihre Angehörigen in Nordrhein-Westfalen wenden. Die entsprechenden Kontaktdaten finden sich im Anhang dieser Publikation.



QUELLEN UND LITERATURHINWEISE

»Anders und gleich in NRW« – Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Forschungsstand, Tagungsdokumentation, Praxisprojekte. Hg. v. Ilse Lenz, Katja Sabisch, Marcel Wrzesinski. Studien Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW NR.15, Essen 2012

Bora, Alfons: Zur Situation intersexueller Menschen. Bericht über die Online-Umfrage des Deutschen Ethikrates. Hg. Deutscher Ethikrat, Berlin 2012

Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Hg. v. Marina Rupp, Köln 2009

EU LGBT survey – European Union lesbian, gay, bisexual and transgender survey – Results at a glance. Hg. v. FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Wien 2013

Die Fibel der vielen kleinen Unterschiede. Hg. v. »ANDERS & GLEICH« bei der LAG Lesben in NRW e. V., Düsseldorf 2019

Fuchs, Wiebke, Dan Christian Ghattas, Deborah Reinert und Charlotte Widmann: Studie zur Lebenssituation von Transsexuellen in Nordrhein-Westfalen, LSVD (Lesben- und Schwulenverband), Landesverband Nordrhein-Westfalen, Köln 2012

Grundrechtebericht 2018 – FRA Stellungnahmen, Verfügbar unter: <https://fra.europa.eu/de/publication/2018/grundrechte-bericht-2018-fra-stellungnahmen> [Zugriff: 26.03.2019], Wien, 2018

Hammelstein, Philipp: Ist eine Fortbildung in »Affirmativer Psychotherapie mit schwulen, lesbischen und bi*en Klienten« notwendig im Rahmen der Therapieausbildung? 2010, verfügbar unter <http://www.vlsp.de/node/194>, abgerufen am 29.01.2014

Homophobie und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität in den EU-Mitgliedstaaten. Teil II: Die soziale Lage. Hg. v. FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Wien 2009

Homosexualität. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 15-16/2010). Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010

Intersektionale Beratung von/zu Trans* und Inter*. Ein Ratgeber zu Transgeschlechtlichkeit, Intergeschlechtlichkeit und Mehrfachdiskriminierung. Hg. v. Netzwerk Trans*Inter*Sektionalität, Berlin 2013

Intersexualität. Stellungnahme. Hg. v. Deutschen Ethikrat, Berlin 2012

Klöppel, Ulrike: »Zur Aktualität kosmetischer Operationen »uneindeutiger« Genitalien im Kleinkindalter«, in: Sabisch, Katja / Klöppel, Ulrike / Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hg.), Bulletin Texte 42. Verfügbar unter: <https://www.gender.hu-berlin.de/de/publikationen/genderbulletins/> [Zugriff: 26.03.2019], Berlin 2016

Küpper, Beate und Andreas Zick: Homophobie in Nordrhein-Westfalen. Aktualisierung der Sonderauswertung der Studie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«. Hg. v. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2015

Morgen, Clara: Mein intersexuelles Kind, Berlin 2013

Frohn, D. & Meinhold, F. (2018). »Out im Office?!« Sonderauswertung NRW. Sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, (Anti-)Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz. Köln: IDA | Institut für Diversity- & Antidiskriminierungsforschung (Hrsg.), verfügbar unter: https://www.diversity-institut.info/downloads/IDA_Sonderauswertung_OiO_NRW.pdf

»Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW«, Prozess zur Weiterentwicklung des »NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie. Bilanz und Fortschreibung.« Hg. v. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2015

Plöderl M, Faistauer G, Fartacek R. (2010) The contribution of school to the feeling of acceptance and the risk of suicide attempts among Austrian gay and bisexual males. *Journal of Homosexuality*, 57, 819-41

Sie liebt sie. Er liebt ihn. Eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben, Schwuler und Bi*er in Berlin, Berlin 1999

Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2017, Ländervergleich – Pflegebedürftige, Verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Publikationen/Downloads-Pflege/laender-pflegebeduerftige-5224002179004.pdf>, [Zugriff: 26.03.2019], 2018

WHO Constitution, verfügbar unter: <http://www.who.int/about/mission/en> [Zugriff: 26.03.2019]

Wolf, Gisela: Gesundheitsversorgung. Barrieren für homosexuelle Patienten. In: *Deutsches Ärzteblatt* 2010: 107(44): A 2166–7



ANHANG

Diese Qualitätsstandards wurden in enger Kooperation der internen Projektgruppe der Psychosozialen Beratungsstellen für LSBTIQ* und ihre Angehörigen in NRW (IPG) und dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelt. Die Berater_innen der Spezialberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen haben sich mit ihrem fachlichen Know-how und ihren langjährigen Erfahrungen aus dem Beratungsalltag engagiert in den Prozess der Erarbeitung eingebracht. Mitgewirkt haben folgende Einrichtungen:

andersROOM, Schwule Initiative Siegen e.V.

Freudenberger Straße 67
57072 Siegen
www.andersroom.de

**Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**

Landesgeschäftsstelle
Loher Straße 7
42283 Wuppertal
www.paritaet-nrw.org

**Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V.
AK Lesbenberatung und Regenbogenfamilie**

Sonnenstraße 14
40227 Düsseldorf
www.lesben-nrw.de

KCM Schwulenzentrum Münster e.V.

Am Hawerkamp 31
48155 Münster
www.kcm-muenster.de



LEBEDO**Beratungsstelle für Lesben und deren Angehörige
KCR Dortmund e.V.**

Haupt- & Geschäftsstelle
Wißstraße 18a
44137 Dortmund
www.lebedo.de

**LebensLust Beratungsstelle des SVLS
als mobile Beratung mit Sitz u. a. in Krefeld**

Neue Linner Straße 61
47799 Krefeld,
www.lebenslust-beratungsstelle.de

Rosa Strippe Bochum e.V.**Rosa Strippe e.V.****Psychoziale Beratungsstelle für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt**

Kortumstraße 143
44787 Bochum
www.rosastrippe.de

Rubicon e.V.

Rubensstraße 8 – 10
50676 Köln,
www.rubicon-koeln.de



IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 837-02
poststelle@mkffi.nrw.de
www.chancen.nrw

© 2019 / MKFFI 1021
Düsseldorf, Dezember 2019

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: www.chancen.nrw/publikationen
- telefonisch: **Nordrhein-Westfalen** direkt
0211 837-1001

Bitte die Veröffentlichungsnummer 1021 angeben.

Bild und Gestaltungsnachweise

Fotonachweis: Minister Joachim Stamp, © MKFFI, Foto: Jakob Studnar



Hinweis


Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerber_innen oder Wahlhelfer_innen während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.


Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.


Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift Empfangenden zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.


Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 837-02
poststelle@mkffi.nrw.de
www.chancen.nrw

 @ChancenNRW

 @ChancenNRW

 Chancen_nrw

 Chancen NRW

